GENDER OPEN REPOSITORIUM

Frauenpolitischer Aufbruch 1989 : Ambivalenzen unseres Erbes eines "frauenpolitischen Experiments"

Dölling, Irene

2011

https://doi.org/10.25595/18

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dölling, Irene: *Frauenpolitischer Aufbruch 1989 : Ambivalenzen unseres Erbes eines "frauenpolitischen Experiments"*, in: Schäfer, Eva; Klässner, Bärbel; Adler, Helga; Landero, Astrid (Hrsg.): Frauenaufbruch '89. Was wir wollten - Was wir wurden (Berlin: Dietz, 2011), 17-29. DOI: https://doi.org/10.25595/18.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Rosa-Luxemburg-Stiftung

EVA SCHÄFER, BÄRBEL KLÄSSNER, HELGA ADLER,
ASTRID LANDERO (HRSG.)

Frauenaufbruch '89

Was wir wollten – Was wir wurden

Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät III
Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien
Sitz: Georgenstraße 47
10099 Berlin

11032/11

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 92

ISBN 978-3-320-02269-3

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2011
Satz: Elke Jakubowski
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Printed in Germany

Inhalt

Eva Schäfer
Vorwort 7

Bärbel Klässner
Was gestern morgen war, ist heute 11

Irene Dölling
Frauenpolitischer Aufbruch 1989 – Ambivalenzen unseres Erbes
eines »frauenpolitischen Experiments« 17

Ina Merkel
Was war Utopie – und was bleibt? 30

Dokument 1989
Ina Merkel: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen.
Einige Frauen-Fragen an ein alternatives Gesellschaftskonzept oder:
Manifest für eine autonome Frauenbewegung 38

Gespräch mit Walfriede Schmitt
Man weiß ja nie 47

Gesprächsrunde
Wir wollten alles – Emanzipationsansprüche
ostdeutscher Mütter und Töchter 50

Hildegard Maria Nickel
Junge Frauen heute – die »Frauenfrage« in Ost und West 66

Dokument 2009
Lila Offensive: Aus den friedlichen Küchen der Revolution
Wider die feierliche Verklärung von »Wende« und Mauerfall 76

Christina Thürmer-Rohr
Das Verhältnis zu den Anderen –
Denkbewegungen und Denkwenden vor und nach 1989 79

Bärbel Klässner
Lebensgefühle – Lyrik aus zwei Jahrzehnten 94

Die Autorinnen 101

Irene Dölling

Frauenpolitischer Aufbruch 1989 – Ambivalenzen unseres Erbes eines »frauenpolitischen Experiments«

Ich möchte zunächst den Initiatorinnen dieser Veranstaltung dafür danken, dass sie mit diesem Treffen an ein »frauenpolitisches Experiment« (Chr. Schenk) erinnern, das im Trubel der zahllosen Erinnerungsveranstaltungen zum 20-jährigen Jubiläum des Mauerfalls und der sogenannten »friedlichen Revolution« unter zu gehen gedroht hätte. Ich werde mich auf den frauenpolitischen Aufbruch im Herbst 1989 konzentrieren, insbesondere die Gründung des UFV als ein wichtiges Element in den Versuchen einer demokratischen Erneuerung im letzten Jahr der DDR in Erinnerung rufen und nach den – durchaus ambivalenten – Ergebnissen und langfristigen Wirkungen des UFV fragen.

Viele, wenn nicht die meisten der heute hier Anwesenden werden zu den Akteurinnen gehört haben, die sich am 3. Dezember 1989 in der Volksbühne versammelten. Und sie werden sicher sofort Bilder und Gefühle aufrufen können, die sie in ihrem Gedächtnis als Erinnerung an dieses Ereignis gespeichert haben. Mir haben sich zwei – widersprüchliche – Gefühle eingegraben. Zum einen ist das die Freude und das verblüffte Staunen darüber, mit welcher Selbstverständlichkeit, so, als ob sie das immer schon getan hätten, Frauen unterschiedlichen Alters, sozialer und politischer Position und sexueller Orientierung, ans Mikrofon treten und darüber sprechen, woher sie kommen, in welchen Gruppen oder Projekten sie sich seit längerem oder sehr kurzem organisiert haben, was sie verändern wollen. Es ist das Staunen darüber, was Frauen, die sich z. T. bis dato in keiner Weise politisch engagiert haben, an Wissen über die und an durchdachter Kritik an den bestehenden (Geschlechter-)Verhältnissen der DDR formulieren, wie kreativ sie Ideen zum praktisch-politischen Eingreifen entwickeln und wie selbstverständlich sie davon ausgehen, dass die notwendigen Veränderungen ohne ihr Engagement und Eingreifen nicht zustande kommen werden. Es ist das überwältigende Gefühl, dass *wir* gemeinsam etwas wollen und etwas bewirken können – von uns aus, ohne Vorgaben »von oben« oder eine steuernde Zentrale, die immer schon mehr und besseres weiß, als wir.

Zum anderen aber ist in meiner Erinnerung das Gefühl einer Unsicherheit und der Angst vor dem Verlust von Voraussetzungen gespeichert, die wir als Ausgangspunkt unserer Überlegungen für eine demokratische, geschlechtergerechte Erneuerung der Gesellschaft ansahen. Die Zeit war damals äußerst schnelllebig. Zwischen dem Anfang November in der Presse veröffentlichten Brief einiger Wissenschaftlerinnen »Geht die Erneuerung an uns Frauen vorbei?«, der Demonstration vom 4. November in Berlin, auf der Frauen der »Lila Offensive« auf

Transparenten und Flugblättern Frauen aufforderten, sich in den Prozess der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft aktiv einzumischen und unserem Treffen Anfang Dezember hatte sich viel verändert: Aus der Losung »Wir sind das Volk« war die Losung »Wir sind ein Volk« geworden, die (kritischen) Kräfte aus der alten politischen Elite und den Bürgerbewegungen, die einen demokratischen Sozialismus in der DDR anstrebten, gerieten immer mehr in die Defensive. Unser Treffen war also auch geprägt von der Ungewissheit, wohin die gesellschaftliche Entwicklung geht und ob wir mit unseren Vorhaben und Vorstellungen gestaltend in diese Prozesse werden eingreifen können. Das Spruchband »Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd«, das über die ganze Bühne gezogen war, zeigte, dass die Ambivalenz zwischen kämpferischem Aufbruch zu neuen Ufern einerseits, der Verteidigung des Erreichten andererseits, die Stimmung nicht nur an diesem Gründungstag prägte, sondern auch die Aktivitäten des UFV in dem kurzen Zeitraum, in dem er als Akteur auf der politischen Bühne agierte.

Der »kurze Sommer«[1] der autonomen Frauenbewegung der DDR

Die ca. 1 200 Frauen, die sich am 3. Dezember 1989 in der Volksbühne versammelten, kamen auf Einladung der Schauspielerin Walfriede Schmitt zu einem »Frauenspektakel« und zur Gründung eines »autonomen Frauenverbandes der DDR«, wie es im Aufruf »An alle Frauen« hieß, verfasst am 26. November 1989 von Frauen der »Sozialistischen Fraueninitiative«, der »Lila Offensive« und der Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel. Wir kamen aus allen Teilen der DDR und hatten sehr unterschiedliche Biografien. Einige hatten bis dato kaum politische Erfahrungen, etliche waren seit Jahren in Gruppierungen der Bürgerbewegungen aktiv, die seit Anfang der 80er Jahre vor allem unter dem Schutz der Evangelischen Kirche entstanden waren, sie hatten dort, mehr oder weniger illegal, fundierte kritische Positionen entwickelt und politische oder kulturelle Aktionen und erste Schritte zu einer nichtstaatlichen Frauenbewegung gemacht (wie Samirah Kenawi in mehreren Publikationen dokumentiert hat[2]). Andere wieder hatten sich erst seit kurzem in Gruppen zusammengetan und politische Forderungen formuliert und die Idee einer unabhängigen Frauenbewegung entwickelt. Sie konnten dabei auch anknüpfen an Forschungsergebnisse, die einige wenige Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen Disziplinen in den letzten Jahren zu den patriarchalisch geprägten Geschlechterverhältnissen im »Realsozialismus«, zum Zusammenhang von allgemeinen gesellschaftlichen und Geschlechterverhältnissen

1 Dieser Formulierung verweist auf den Titel des Buches von Hans-Magnus Enzensberger »Der kurze Sommer der Anarchie«, das die anarcho-syndikalistische Bewegung, ihren Aufbruch und ihren (gewaltsamen) Niedergang während des Spanischen Bürgerkrieges zum Thema hat.

2 Vgl. Kenawi, Samirah: Chronik der nichtstaatlichen Frauenbewegung in der DDR. Ein Arbeitspapier. Mai 1994; dies.: Frauengruppen in der DDR der achtziger Jahre. Eine Dokumentation. Berlin 1995

erarbeitet und so Grundlagen für eine akademisch institutionalisierte Frauen- und Geschlechterforschung gelegt hatten.

Die meisten der Frauen hatten – wie Anne Hampele-Ulrich in ihrer Geschichte des UFV rekonstruiert hat[3] – einen Fach- bzw. Hochschulabschluss. Sie verfügten also über das kulturelle Kapital, ihre Erfahrungen, dass sie ihre beruflichen Qualifikationen keineswegs gleichrangig und gleichwertig mit den Männern in der Erwerbssphäre verwerten konnten, kritisch zu reflektieren und auf den Begriff zu bringen. Und die meisten von ihnen teilten mit den DDR-Frauen die Erfahrung, dass Beruf und Familie trotz aller sozialpolitischer Maßnahmen nur schwer zu vereinbaren waren, die doppelte Belastung wesentlich stärker sie als ihre Partner betraf und sie, wenn sie allein erziehend waren, nicht nur einen geringeren Lebensstandard in Kauf nehmen mussten, sondern ihnen auch kaum Zeit und Energie für die Befriedigung eigener Bedürfnisse blieb. Mindestens ein Teil von ihnen hatte auch die Erfahrung gemacht, dass Lebensformen jenseits der »heterosexuellen Matrix« abgewertet und zum Teil handfest diskriminiert wurden.

Einig waren sie sich – bei allen Differenzen – darin, dass die demokratische Erneuerung der Gesellschaft nicht gelingen würde, wenn die Beseitigung der sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern nicht als wesentlicher Bestandteil der notwendigen ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Erneuerung verstanden und praktisch-politisch verfolgt würde. Einig waren sie sich darin, dass die Durchsetzung dieses Ziels zum einen erfordert, dass die Interessen der – offen oder subtil benachteiligten, diskriminierten – Frauen als spezifische Interessen in die öffentliche Debatte und auf die politische Agenda gebracht werden müssen. Und einig waren sie sich zum anderen, dass es dazu sowohl einer starken Bewegung »von unten« als auch einer eigenständigen Organisation bedarf, die diese Interessen im politischen Feld erfolgreich vertreten kann. Konsens bestand schließlich auch darin, dass eine politische Interessensvertretung in der DDR gegründet werden sollte, in der sich unabhängige Frauengruppen ebenso wie Frauenfraktionen von Parteien und Massenorganisationen, Frauenvereine wie einzelne Frauen zusammenschließen sollten, ohne, wie es im Aufruf »An alle Frauen« heißt, ihre jeweilige Eigenständigkeit aufzugeben.

Höhepunkt der Veranstaltung in der Volksbühne war das Verlesen des Manifests »Ohne Frauen ist kein Staat zu machen« durch Walfriede Schmitt, das die Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel verfasst hatte und das von den versammelten Frauen als Gründungsmanifest des UFV angenommen wurde.

Das Treffen in der Volksbühne war die Geburtsstunde einer offen agierenden, autonomen Frauenbewegung in der DDR, die auf Initiativen »von unten« entstand und getragen war vom Willen, aktiv-gestaltend in die aktuellen Erneuerungsprozesse mit einer eigenen Stimme einzugreifen. Eine vergleichbare Bewegung hat

3 Vgl. Hampele-Ulrich, Anne: Der Unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitisches Experiment im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß. Berlin 2000

es in allen anderen Ländern des Ostblocks nicht gegeben, insofern ist es nicht abwegig, das historisch Besondere dieses Ereignisses zu betonen. Aber auch hinsichtlich seines politischen Programms und seiner Organisationsformen war der UFV anders, wenngleich nicht defizitär, wie des Öfteren im Vergleich mit der westdeutschen Frauenbewegung behauptet wird[4]. Ich will dies in einigen Punkten verdeutlichen und dabei auch zeigen, wie programmatische Zielstellungen, die im Manifest sowie im Gründungsprogramm des UFV vom Februar 1990 formuliert wurden, politisch-praktischen Aktivitäten des UFV Orientierung und Richtung gaben.

• Der UFV verstand sich als politisches Sprachrohr der Interessen der Frauen, aber er ordnete patriarchale Geschlechterverhältnisse in komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge ein, d. h., er verstand die Veränderung der Geschlechterverhältnisse als immanenten Bestandteil und als Bewegungsform einer grundlegenden Veränderung gesellschaftlicher Strukturen. Die Frauenbewegung sollte daher nicht nur mit frauenpolitischen Forderungen Druck auf die etablierten Parteien und Organisationen ausüben, sie benötigt, wie Ina Merkel es in ihrem Manifest formulierte »selbst eine gesamtgesellschaftliche Herangehensweise«[5]. Der Aufbau einer ökologisch verantwortlichen und an den Bedürfnissen der Menschen, nicht am Profit, orientierten Wirtschaft, die Schaffung einer Öffentlichkeit, in der demokratische Strukturen und Quotierung eine Einheit bilden, eine gesellschaftliche Umbewertung reproduktiver Tätigkeiten, Veränderungen der Lebensweise, der Konsumtion und des Leistungsbegriffs bildeten deshalb den Gesamtkontext, in dem die Partialinteressen von Frauen politikfähig gemacht und zugleich als Partialinteressen langfristig zum Verschwinden gebracht werden sollten. »Eine Frauenbewegung«, so Merkel, »die ohne ein gesamtgesellschaftliches Konzept sich nur auf die Durchsetzung weiblicher Partialinteressen orientiert, wird sich am Ende selbst marginalisieren«[6]. Von diesen Einsichten ließ sich der UFV, ließen sich insbesondere seine Akteurinnen am Zentralen Runden Tisch und in der Modrow-Regierung in den folgenden Monaten leiten. Entsprechend der gesamtgesellschaftlichen Perspektive ihrer Organisation beanspruchten sie die Teilnahme an *allen* Arbeitsgruppen des ZRT, forderten sie in der Arbeit an einer neuen Verfassung erfolgreich ein, dass die Gleichstellung der Geschlechter und das Gebot der wechselseitigen Anerkennung aller Menschen als Gleiche verankert wird. Sie drängten darauf, dass in die Sozialcharta, in der Kriterien für eine verantwortliche Vereinigungspolitik und der Erhalt grundlegender sozialer Rechte beider deutscher Staaten festgeschrieben werden sollten, das DDR-Recht auf

4 Vgl. dazu Miethe, Ingrid: Eine Frage der Perspektive. Ostdeutsche Frauenbewegung in den Theorien sozialer Bewegungen. In: Weckwert, Anja/Wischermann, Ulla (Hrsg.): Das Jahrhundert des Feminismus. Streifzüge durch nationale und internationale Bewegungen und Theorien. Königstein/Taunus 2006, S. 61-75

5 Merkel, Ina: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Einige Frauen-Fragen an ein alternatives Gesellschaftskonzept oder: Manifest für eine autonome Frauenbewegung. In: Lenz, Ilse (Hrsg.): Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung. Wiesbaden 2008, S. 878

6 Ebenda, S. 882

Schwangerschaftsabbruch, aber auch Mieterschutz und Mietpreisbindung, die bedarfsdeckende Einrichtungen zur Kinderbetreuung, um die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Elternschaft abzusichern, die Fortschreibung der im DDR-Arbeitsgesetzbuch fixierten Regelungen zum Elternschutz sowie die Sicherung eines sozialen Grundeinkommens[7] aufgenommen wurden. Dank ihrer gesamtgesellschaftlichen Perspektive hatten die Vertreterinnen des UFV Anteil daran, dass in der Sozialcharta die Maßnahmen zum sozialen Schutz von im Vereinigungsprozeß gefährdeten sozialen Gruppen (und das waren eben nicht nur Frauen) nicht als bloße soziale Abfederung verstanden wurden. Vielmehr sollte Sozialpolitik, wie Anne Hampele-Ulrich es formuliert hat, »inhärentes Kriterium für wirtschaftspolitische Entscheidungen sein; und diese sollten auf Normen der Gleichstellung der Geschlechter verpflichtet sein« (Hampele-Ulrich, S. 127). Selbst wenn die Sozialcharta nach dem Wahlsieg der CDU im März 1990 ad acta gelegt wurde – was hier vom UFV eingefordert wurde, ging weit über die Verfolgung von weiblichen Partialinteressen hinaus und ist bis heute ein uneingelöstes Erbe.

• Der UFV verstand sich einerseits als ein Netzwerk autonom arbeitender Gruppen, andererseits als eine Organisation, die Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen will. D. h., die Frauenbewegung wollte nicht allein durch vielfältige lokale Aktivitäten zum Aufbau eines zivilgesellschaftlichen öffentlichen Raums beitragen, sie wollte auch an der Ausübung politischer Macht »ganz oben« teilhaben. Zwar übte sie harsche Kritik am vormundschaftlichen DDR-Staat, aber das hieß für sie keineswegs, dass sie den Staat generell als institutionellen Verhinderer der Frauenemanzipation sah; im Gegenteil: sie nahm ihn in die Verantwortung für eine geschlechtergerechte Sozialpolitik. Aber das meinte für den UFV nicht, dass vom Staat passiv etwas erwartet wurde – im Gegenteil: die Frauenbewegung wollte selbst Akteur auf staatlicher Ebene sein. »Ohne Frauen ist kein Staat zu machen« lautete der Titel des Manifestes und er machte damit den Anspruch auf Teilhabe an politischer Macht deutlich und nicht allein die Berücksichtigung von frauenpolitischen Interessen in den Entscheidungen von Staat bzw. Parteien. Daraus folgte nicht nur, dass der UFV die Teilnahme am Zentralen Runden Tisch (und folgend auch an Runden Tischen auf allen Ebenen) erkämpfte und eine Vertreterin des UFV Ministerin im Modrow-Kabinett wurde. Die Vertreterinnen des UFV setzten auch durch, dass die Forderung nach Gleichstellung erfolgreich auf die politische Agenda gebracht werden konnte (die Forderung nach sofortiger Quotierung aller »gesellschaftlich relevanten Positionen«, wie im Manifest formuliert, allerdings hatte kaum einen Erfolg). Es ist das bleibende Verdient des UFV, in kürzester Zeit öffentlichen Druck hinsichtlich der Einrichtung von Gleichstellungsstellen auf allen Ebenen erzeugt zu haben, was nicht zuletzt dazu führte, dass unter der de Maizière-Regierung in der Kommunalverfassung

7 Vgl. Hampele-Ulrich, a. a. O., S. 125/26

vom Mai 1990 die Installierung von Gleichstellungsbeauftragten in Gemeinden mit eigener Verwaltung festgeschrieben wurde (hauptamtlich in Gemeinden über 10 000 Einwohner). Und es gab zwar nicht das geforderte Ministerium für Gleichstellung, aber immerhin eine Regierungsbeauftragte für Gleichstellung in der letzten DDR-Regierung. Auch mit dem Begriff der Gleichstellung setzte der UFV Zeichen – er ging über formale Gleichberechtigung von Mann und Frau, aber auch über weibliche Partialinteressen hinaus; der Begriff verwies auf die notwendigen Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, um soziale Gleichheit der Geschlechter tatsächlich zu erreichen und verwies damit wieder auf den gesamtgesellschaftlichen Kontext.

• Der UFV verknüpfte seine gesamtgesellschaftliche Perspektive mit der Forderung nach Schaffung einer autonomen Frauenkultur. Dies wurde als Voraussetzung dafür gesehen, sich der eigenen benachteiligten Position, der Ursachen dafür bewusst zu werden und die quasi selbstverständliche Anerkennung hierarchisierender und naturalisierender Geschlechternormen und -codes zu durchbrechen In eigenen Publikationsorganen, einer autonomen Infrastruktur von Cafés, Zentren usw. bis zu autonomen Frauenforschungsinstituten sollten Frauen lernen und praktisch erproben, mit eigener Stimme und eigenen Ideen in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu sein, auf lokaler und regionaler Ebene Einfluss zu nehmen auf eine geschlechtergerechte und ökologisch verantwortliche Lebensweise (vgl. Manifest). Der UFV entstand aus dem Zusammenschluss bis dato einzeln wirkender Initiativen und er orientierte neben der Ebene der (staatspolitischen) Aktion ganz wesentlich darauf, ein Netzwerk von eigenständig fungierenden Gruppen, Zentren, Clubs etc. zu bilden und so quasi »vor Ort«, in der alltäglichen Praxis seine Ziele für viele attraktiv zu machen und zu realisieren. Tatsächlich entstanden nach dem Dezember 1989 viele solcher Initiativen neu, über die bereits bestehenden hinaus, und der UFV hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich bis 1991 »in geraffter Zeit und mit spezifischen Zuschnitten«[8] ein Netz von Frauenzentren und -projekten (von Cafés und Buchläden, über kulturelle oder bildungs-/qualifizierungsbezogene Vereine bis zu Frauenhäusern) herausbildete. Auch wenn mit der Zeit viele dieser Einrichtungen zu kommunalen Einrichtungen wurden und der UFV als Schirm und mit seinem Programm an Einfluss verlor – es bleibt sein Verdienst, dass ein bis heute existierendes und mehr oder weniger gut funktionierendes und professionalisiertes Netz von Einrichtungen entstand, das als ein spezifischer Raum für Frauen und ihre Interessen funktioniert.

Der UFV hatte seine Hoch-Zeit in dem kurzen Zeitraum zwischen dem 4. November, dem Fall der Mauer und – zunehmend eingeschränkt nach den Wahlen vom März 1990 – der deutsch-deutschen Vereinigung. Er hat auch in der Folgezeit noch einiges zu Wege gebracht – sowohl auf der Ebene der lokalen und regionalen Projekte und Initiativen, als auch auf der großen politischen Bühne – erin-

8 Hampele-Ulrich, a. a. O., S. 177

nert sei hier nur an seine aktivierende Rolle bei den Auseinandersetzungen um die Neuregelung des Abtreibungsgesetzes und bei der Organisation des bundesweiten Frauen-Streiks am 8. März 1994. Aber schon in seinen besten Zeiten hatte er mit Ambivalenzen zu kämpfen, die immer stärker zu einer Zerreißprobe wurden und schließlich 1998 zu seiner Auflösung führten.

• Der UFV hatte von Anfang an das Problem, seine beiden Intentionen – politische Organisation und Netzwerk autonomer Initiativen zu sein – zueinander in ein praktikables Verhältnis zu setzen. Das war schwierig, weil sie unterschiedlichen Logiken gehorchen. Solange es einen institutionell instabilen Raum des Politischen gab, konnte der UFV mit seiner Teilnahme an den Runden Tischen und dem erzeugten Druck von unten beides einigermaßen miteinander vereinbaren. Als sich, beginnend mit dem Märzwahlen 1990, das politische System der Parteiendemokratie etablierte, funktionierte das immer weniger – der UFV konnte sich, da er keine Partei war und seinem Selbstverständnis nach auch keine werden wollte, 1991 nur als Verein konstituieren, verlor damit aber entscheidende Möglichkeiten des Agierens auf der »großen politischen Bühne«. Andererseits deckten sich seine politisch-programmatischen Ziele keineswegs mit den Interessen vieler lokaler und regionaler Initiativen, die zudem mit der kommunalen Trägerschaft auch zunehmend von parteipolitischen Interessen beeinflusst wurden. Seine hybride Form zwischen sozialer Bewegung und politischer Organisation erwies sich im neuen Gefüge bürgerlich-parlamentarischer Demokratie als wenig funktionsfähig.

• Der UFV geriet zunehmend in Widerspruch zu den Interessen einer Mehrheit (von Frauen). Während seine Akteurinnen in der Öffentlichkeit vor der Wiedervereinigung und den Folgen für die Frauen warnten (Frauen als die Verliererinnen der Einheit), sah eine Mehrheit (nicht nur der Frauen) in der schnellen Vereinigung vor allem eine Chance zur Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen. Während der UFV Frauen zu selbständigem politischem Handeln motivieren und aktivieren wollte, kämpften bereits viele, die sich im Dezember 1989 noch interessiert gezeigt hatten, mit zunehmender Existenzunsicherheit – und hatte überdies die große Mehrheit der Frauen diesem Projekt immer desinteressiert bis ablehnend gegenüber gestanden. In diesen Konstellationen hat der UFV schnell sein aktivierendes Potenzial verloren.

• Der UFV wollte die Interessen aller Frauen repräsentieren – also der Frauen als der in bestehenden Verhältnissen benachteiligten, diskriminierten Genussgruppe. Im Namen »aller Frauen« zu sprechen ist notwendig, um in der politischen Arena gehört zu werden und Entscheidungen beeinflussen zu können. Der UFV blieb in dem allen Frauenbewegungen bekannten Dilemma gefangen, im Namen »der« Frauen zu sprechen und zugleich damit konfrontiert zu sein, dass Frauen eben nicht gemeinsame Interessen *als* Frauen haben, sondern ökonomisch, sozial, kulturell höchst unterschiedlich positioniert und entsprechend interessiert sind. Der UFV musste die Erfahrung machen, dass er zunehmend weniger die Interessen relevanter sozialer Gruppen von Frauen vertrat und er hatte zudem nicht

im Kalkül, dass auch in der DDR vor allem unter den jüngeren Frauen Prozesse der Individualisierung eingesetzt hatten und kollektive Formen des Protestes wie der Konfliktlösung an Attraktivität verloren.

Alles in allem geriet der UFV nach begeisterndem politischem Aufbruch zunehmend in die Defensive. Er hat uns ein ambivalentes Erbe hinterlassen, das von institutionalisierter, professionalisierter Gleichstellungspolitik bis zu uneingelösten programmatischen Zielen reicht. Mit diesem Erbe haben wir uns unter sehr anderen Voraussetzungen als 1989/90 auseinanderzusetzen, was ich im 2. Teil wenigstens skizzenartig versuchen will.

Das ambivalente Erbe des UFV – Ziele gleichstellungspolitischer Interventionen heute

Bei aller Kritik, die der UFV an den geschlechtlichen Arbeitsteilungen und ihren, Frauen benachteiligenden, Wirkungen in der Erwerbssphäre, an der Zweitrangigkeit weiblicher Arbeitskraft und an den Folgen der doppelten Vergesellschaftung und Belastung für die Frauen unter »realsozialistischen Bedingungen« übte – für die ostdeutsche Frauenbewegung war die umfassende Einbeziehung von Frauen in (qualifizierte) Berufsarbeit mit ihren Wirkungen für ökonomische Unabhängigkeit, für die Position in der Familie, für ein selbst bestimmtes Leben eine wichtige, wenn nicht entscheidende Bedingung für Emanzipation. Den »Emanzipationsvorsprung« der DDR-Frauen, wie das der westdeutsche Soziologe Rainer Geißler damals nannte, zu verteidigen, klang als vorrangige Aufgabe schon an in der Losung »Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd«: Ein Zurück zum männlichen Ernährer, dem eine – bestenfalls teilzeitarbeitende Hausfrau den Rücken frei hält – das vorherrschende Modell in der alten Bundesrepublik – sollte es auf keinen Fall geben, das erschien wie ein Rückfall in längst überwunden geglaubte Verhältnisse. Sicherung der erreichten Teilhabe der Frauen an der Erwerbssphäre sowie einer umfassenden Kinderbetreuung *und* – darauf aufbauend – Beseitigung der Geschlechterhierarchien in Beruf und Familie – das war für den UFV eine zentrale politische Aufgabe.

Wie wir wissen, haben ostdeutsche Frauen aus verschiedenen Gründen an ihrem »Emanzipationsvorsprung«, trotz schlechter werdender Voraussetzungen dafür, tendenziell festgehalten – bis heute und bis in die jüngeren Jahrgänge ist Erwerbstätigkeit für sie mehrheitlich eine Selbstverständlichkeit, möchten viele eher Vollzeit als Teilzeit arbeiten, sehen sie eine außerfamiliäre Kinderbetreuung als akzeptable Form der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch wenn das DDR-übliche Zwei-Verdiener-Modell erodiert ist, auch in den Neuen Ländern die Teilzeitarbeit für Frauen stark zugenommen hat und die Erwerbsquote von ost- und westdeutschen Frauen sich ungefähr angeglichen hat – die Nachwirkungen des »Emanzipationsvorsprungs« sind bis heute zu spüren. Allerdings stieg in den

vergangenen Jahren auch die Erwerbsbeteiligung unter den westdeutschen Frauen kontinuierlich an, wird öffentliche Kinderbetreuung von westdeutschen jüngeren Frauen und Männern nicht mehr unbedingt als Verletzung des Kindeswohls angesehen und verliert das Ernährer-Hausfrau-Modell normativ und praktisch an Bedeutung. Einbeziehung der Frauen in die Erwerbssphäre, Verbesserung ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt und Förderung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie – das waren Forderungen des UFV damals und das sind Forderungen heute. Allerdings haben sich die Kontexte, in denen die scheinbar gleichen Forderungen formuliert und die Akteure, von denen sie erhoben werden, seither stark verändert. Heute ist es weniger eine autonome Frauenbewegung, als vielmehr staatliche Politik und in letzter Zeit auch die Wirtschaft, die solche Forderungen erheben. Das hat vielfältige Gründe, die ihre Ursachen letztlich in der Transformation der industriegesellschaftlichen Moderne unter marktliberalen Vorzeichen haben.

Erstens ist das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, das am männlichen Lebenszusammenhang orientiert ist, stark unter Druck geraten. Auch wenn die meisten männlichen Erwerbstätigen heute noch Vollzeit arbeiten – für immer weniger von ihnen gilt, dass ihre Arbeitsplätze langfristig gesichert sind. Prekäre Beschäftigungsformen – wie Zeitverträge, Leiharbeit, Bezahlung unter Tarif bzw. im Niedriglohnsektor – gelten auch für immer mehr Männer. Ernährerrolle und Sicherung eines Familieneinkommens sind nicht mehr selbstverständliche Eckpunkte eines männlichen Lebenslaufs. Das bringt nicht nur bisherige Geschlechterarrangements und -identitäten ins Wanken, die Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter in der Erwerbssphäre kann sich auch nicht mehr an bisherigen Kriterien orientieren, die zumindest implizit, vom Normalarbeitsverhältnis ausgingen.

Zweitens ist weibliche Erwerbstätigkeit heute weit weniger ein wichtiger Baustein im Emanzipationsprojekt, als das in der Frauenbewegung der Fall war. Sie ist vielmehr weitaus mehr staatlich-rechtlich fixierte Verpflichtung, für die eigene Existenz selbst zu sorgen. Die im Rahmen der EU angestrebte möglichst hohe Frauenerwerbstätigkeit ist weniger daran orientiert, Frauen ein ökonomisch unabhängiges, selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen – dagegen spricht schon, dass für die Erreichung dieses Ziels die Qualität der Arbeitsplätze eher nebensächlich ist und sich die übergroße Zahl der erwerbstätig gewordenen Frauen in Teilzeitbeschäftigungen und im Niedriglohnsektor findet. Das EU-Ziel ist vielmehr Element in einem gesellschaftlichen Umbau, der auf individuelle Verantwortung und Vorsorge für sich selbst und auf entsprechend wenig Inanspruchnahme sozialstaatlicher Leistungen orientiert. Es ist also vor allem ein Bestandteil eines marktliberal orientierten Umbaus moderner Gesellschaften, zu dem auch der Abbau des Sozialstaates in seiner bisherigen Form gehört. Während im Emanzipationskonzept der autonomen Frauenbewegung Erwerbstätigkeit der Frauen und der Ausbau öffentlicher, allen zugänglicher und nicht den Marktprinzipien unterworfener

Dienstleistungen zusammen gehörten, ordnet sich im heutigen öffentlich-staatlichen Verständnis eine hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen in die angestrebte Privatisierung bzw. Individualisierung vormals staatlicher Formen öffentlicher Daseinsvorsorge ein.

Drittens haben sich die Anforderungen an die Arbeitskraft stark verändert. Gefragt sind – und zwar unabhängig von Geschlecht – Arbeitnehmer, die flexibel verfügbar und mobil sind, die all ihre Kraft und ihre Ideen dem Unternehmen – möglichst auch jenseits der Arbeitszeit – zur Verfügung stellen. Es liegt primär in ihrer individuellen Verantwortung, wie sie diesen Anforderungen gerecht werden, wie sie Kinderbetreuung und -erziehung, Familienleben und individuelle Reproduktion dazu in eine lebbare Beziehung setzen. Staatliche und privatwirtschaftliche Maßnahmen zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen sind in erster Linie an der effizienten Nutzung des – männlichen wie weiblichen, vor allem qualifizierten – »Humankapitals« orientiert, weniger an einer ausgewogenen Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben (für Frauen *und* Männer). Zudem wird oft erwerbs- bzw. karriereorientierte qualifizierte Berufsarbeit von Frauen privat erkauft durch bezahlte Dienstleistungen anderer Frauen – Schwarzarbeit wird in diesen Bereichen durchaus geduldet – und damit die (modifizierte) Reproduktion von Geschlechterungleichheiten qua Geschlecht befördert.

Viertens ist Erwerbstätigkeit nach wie vor – und heute zunehmend für beide Geschlechter – der entscheidende Modus für gesellschaftliche Integration und soziale Anerkennung, für den Zugang zu Ressourcen und zu sozialen Leistungen. Andererseits verliert dieser Integrationsmodus an Kraft, weil zunehmend weniger menschliche Arbeitskraft für die hochproduktive Ökonomie gebraucht wird und sozial wichtige Tätigkeiten, wenn sie nicht den ökonomischen Effizienzkriterien entsprechen, nicht oder gering anerkannt und honoriert werden. D. h., dass eine wachsende Zahl von Menschen von der Erwerbssphäre von vornherein oder langfristig abgekoppelt ist bzw. wird.

Alle diese – hier nur sehr verkürzt und daher tendenziell einseitig skizzierten Elemente eines grundlegenden gesellschaftlichen Umbaus kapitalistisch-moderner Gesellschaften – haben nicht nur Auswirkungen auf bisher praktizierte Geschlechterarrangements, auf kulturelle Geschlechtszuschreibungen und soziale Geschlechterrollen, auf Familienbeziehungen und Formen individueller Reproduktion. Sie provozieren auch die Frage, ob bisherige Inhalte und Formen von Gleichstellungspolitik bzw. geschlechterpolitischen Forderungen noch zeitgemäß sind. Dazu abschließend einige Überlegungen.

1. Spätestens im letzten Jahrzehnt ist die autonome Frauenbewegung zu einer Marginalie im politischen Raum geworden, Gleichstellungspolitik hat sich professionalisiert und gehört heute in den Aufgabenbereich von staatlichen Institutionen und Parteien – auch wenn sie, wie am Beispiel des Gender Mainstreaming gut verfolgt werden kann – nach wie vor randständig ist und über »rhetorische Modernisierung« (A. Wetterer) oft nicht hinaus geht. Vorherrschend ist heute ein libe-

raler Feminismus[9], der sich Forderungen der autonomen Frauenbewegung zu eigen gemacht hat – wie die nach öffentlicher Kinderbetreuung und anderen Bedingungen zur Vereinbarung von Beruf und Familie oder nach Erhöhung des Frauenanteils in höheren Führungspositionen. Dieser liberale Feminismus hat diese Forderungen zugleich ihres kritisch-emanzipatorischen Potenzials beraubt, indem in der Einlösung dieser Forderungen auch wesentlich die Beseitigung von Geschlechterungleichheiten gesehen und Gesellschafts – sprich insbesondere Kapitalismuskritik – tunlichst vermieden wird. Nun ist gegen die Verbesserung des Angebots an guter und bezahlbarer Kinderbetreuung, ist gegen die Durchsetzung des gleichen Lohns für gleiche Arbeit oder gegen einen höheren Anteil von Frauen in Führungspositionen überhaupt nichts einzuwenden – alles, was in dieser Hinsicht zum Besseren erreicht werden kann, ist nur zu begrüßen. Die Frage ist allerdings, ob diejenigen gleichstellungspolitischen bzw. frauenbewegten AkteurInnen, die sich nach wie vor einem kritisch-emanzipatorischen Anspruch verpflichtet fühlen, sich damit zufrieden geben können. Wenn nach vorherrschender Meinung die Verbesserungen in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem dazu dienen sollen, auch das – immer bessere qualifizierte – weibliche »Humankapital« effektiver nutzen zu können, wenn in diesem Kontext Familie, ihre Zeit- und Bedürfnisstrukturen stärker als je zuvor den Belangen und Forderungen der Wirtschaft untergeordnet werden – ist es dann nicht notwendig, diesem Entwicklungstrend die gleichstellungspolitische Forderung nach einer Begrenzung der Übergriffe des Arbeitsmarktes auf das Teilsystem Familie, nach einem Schutz des Raumes der privaten Lebensführung und der gesellschaftlichen Achtung der Bedürfnisse aller Familienmitglieder entgegen zu setzen? Müssen sich die AkteurInnen der Gleichstellungspolitik, geschlechterpolitisch Engagierte und auch WissenschaftlerInnen nicht kritisch fragen, ob sie sich mit dem Bescheiden auf die verbesserte Vereinbarung von Arbeit und Familie unter den gegebenen Konstellationen nicht für Zwecke instrumentalisieren lassen, die mit ihren Zielen eigentlich nichts zu tun haben?

2. Erwerbsarbeit ist unter den aktuellen Bedingungen wie gesagt, entscheidend für Existenzsicherung, für soziale Integration und Anerkennung. Insofern ist der Ausbau der Frauenerwerbstätigkeit, ist die Sicherung von Frauenarbeitsplätzen nach wie vor eine unverzichtbare Aufgabe von Gleichstellungspolitik. Zugleich aber ist kritisch nach dem emanzipatorischen Potenzial von Erwerbsarbeit zu fragen, in der auf eine historisch neuartige Weise auf das ganze physische und psychische Vermögen der Arbeitskraft bzw. Persönlichkeit, auf ihre Zeit, ihre Kreativität, ihr Verantwortungsgefühl usw. zugegriffen und Kriterien ökonomischer Effizienz unterworfen wird. Gleichzeitig sind immer mehr Menschen kürzer oder länger ohne Erwerbsarbeit bzw. werden – nach ökonomischen Effizienzkriterien

9 Sabine Hark hat ihn in der anschließenden Diskussion zu meinem Vortrag treffend als »sklerotischen« Feminismus bezeichnet.

»überflüssig« – ganz aus dem Erwerbsbereich ausgeschlossen. Ist unter diesen Bedingungen die alte Forderung der autonomen Frauenbewegung nach gleichrangiger gesellschaftlicher Anerkennung und Bewertung von Fürsorgetätigkeiten im Vergleich zu »produktiver Arbeit« in der Erwerbssphäre nicht *neu* zu formulieren? Wäre es nicht an der Zeit, weniger auf eine Professionalisierung von Care-Tätigkeiten, und damit zwangsläufig ihre Umwandlung in (mehr oder weniger schlecht bezahlte), an Bedürfnissen des Marktes orientierte Frauenarbeitsplätze im Dienstleistungssektor zu setzen, als sich für den Ausbau eines non-profit, gemeinnützigen Sektors stark zu machen, in dem auf den und am Menschen orientierte Tätigkeiten einen eigenständigen, gesellschaftlich geachteten und – auch monetär – anerkannten Stellenwert erhalten und von ihren bisherigen geschlechtstypischen Zuschreibungen befreit werden? Wäre es nicht an der Zeit, den starken Tendenzen der Privatisierung öffentlicher Güter auch von Seiten der Gleichstellungs- bzw. Geschlechterpolitik die Forderung nach Anerkennung (und angemessener finanzieller Absicherung) von Tätigkeiten, die auf den Menschen gerichtet sind, als nicht zu privatisierendes öffentliches gut entgegen zu setzen? Freilich wäre auch hier der Spagat zu bewältigen, politisch für eine stärkere Professionalisierung z. B. von Erziehungstätigkeiten (und damit für ihre höhere gesellschaftliche Anerkennung) zu kämpfen einerseits und andererseits, über das Gegebene hinausgehend bzw. -denkend, Ökonomisierungstendenzen konzeptionell und praktisch-politisch etwas entgegen zu setzen.

3. Wir leben in Zeiten, wo die sozialen Unterschiede wieder größer werden. Neue Grenzziehungen tauschen in den Diskursen auf, um diese Entwicklung zu normalisieren: Grenzziehungen etwa zwischen den Hartz IV-Empfängern, die pauschal zu Sozialschmarotzern, zu sozial Abgehängten oder »Überflüssigen« erklärt werden und den »Leistungsträgern«, von denen angeblich das Wohl und Wehe und die Zukunft der Gesellschaft abhängt. Das soziale oben-unten-Schema wird auf neue Weise thematisiert und das bedeutet auch, dass »Geschlecht« als soziales Differenzmuster und als »sozialer Platzanweiser« in modifizierten symbolischen und praktischen Formen verortet wird. Was Solidarität und soziale Gerechtigkeit unter heutigen Bedingungen heißt, wird neu ausgehandelt und in diesen symbolischen und praktisch-politischen Auseinandersetzungen kann sich emanzipatorische Politik nicht auf »weibliche Partialinteressen« bzw. auf eine aus größeren Zusammenhängen heraus gelöste Gleichstellung der Geschlechter beschränken. Notwendig ist vielmehr, die soziale und die »Geschlechterfrage« stärker wieder miteinander zu verknüpfen, notwendig ist es, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene variierende und vielfältige Bündnisse mit anderen sozialen Akteuren einzugehen und die geschlechterpolitische Dimension sozialer Protestaktionen bzw. Projekte deutlich zu machen. In solchen Kontexten kann feministisch orientierte Politik auch mit dem Pfund wuchern, über reiche praktische, wissenschaftlich fundierte Erfahrung über den Umgang mit dem/der Anderen, die Anerkennung der Gleichrangigkeit der/des Anderen zu verfügen.

Etwas pathetisch möchte ich abschließend formulieren: Ohne eine gesellschaftliche Vision oder Utopie, die in den realen aktuellen Bedingungen und Möglichkeiten geerdet ist und *zugleich* über das heute Gegebene hinaus denkt und aus dieser ambivalenten Perspektive Maßstäbe für aktuelles politisch-pragmatisches Handeln gewinnt, ist kritisch-emanzipatorische Geschlechterpolitik nicht möglich. Für die Gewinnung einer solchen Perspektive ist weitaus stärker die kapitalismuskritische Dimension feministisch-politischen Denkens(wieder) ins Spiel zu bringen und ist auch an der Festigung demokratisch-zivilgesellschaftlicher Formen stärker mitzuarbeiten, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Dazu ist es notwendig an das anzuknüpfen und weiter zu entwickeln, was uns der UFV als uneingelöstes Erbe hinterlassen hat: eine gesamtgesellschaftliche Herangehensweise, die den Partikularismus einer unvermittelten Geschlechterpolitik vermeidet.